

- **Sanierung der Kommunal финанzen:** Duisburg ist nach wie vor hochgradig verschuldet. Die jährliche Zinslast erreicht bald 100 Mio. Euro. Wir sind nicht bereit, ein Kürzungspaket nach dem andern zu schultern, weil Bund und Länder die entscheidende Verantwortung für die immense kommunale Schuldenlast tragen. Wir sind selbstverständlich für sinnvolles Sparen. Energieeinsparung, Ampelabschaltungen, effizienter Einkauf der Verwaltung usw. haben wir unterstützt. Weitere Schuldenlasten durch Prestigeprojekte wie den Parallelkanal lehnen wir ab. Wir wollen ein *Entschuldungsprogramm* von Bund und Ländern für die kommunale Ebene. Wer 500 Mrd. Euro für Banken, die das Geld an der Börse verzockt haben, ausgeben kann, kann nicht mehr behaupten, das sei nicht finanzierbar.

#### Hermann Dierkes – OB-Kandidat für DIE LINKE

DIE LINKE führt einen eigenständigen Wahlkampf. Wir wollen unsere Ratsfraktion und unsere Mitstreiter in den Bezirksvertreter deutlich stärken. Es gibt in NRW keine Stichwahl mehr bei der OB-Wahl. Aber derzeit gibt es mit anderen Parteien in Duisburg keine ausreichenden politischen Schnittmengen, um sich in der OB-Frage wahltaktisch abzusprechen. Die SPD hat sich neoliberal verrannt. Darüber täuscht uns auch die rote Jacke ihres OB-Kandidaten nicht hinweg. Gespräche mit der SPD sind ergebnislos verlaufen. Deshalb stellt DIE LINKE mit Hermann Dierkes einen eigenen OB-Kandidaten auf.

Die Grünen richten sich auf ein Dauerverhältnis mit der CDU ein, - der Partei, die in Deutschland die Hauptpartei der Besitzenden und ihrer Interessen ist. Darüber täuscht uns auch die örtliche CDU eines Adolf Sauerland nicht hinweg, der mit leichter Hand viele der Blockaden beseitigen konnte, die die SPD bis 2004 aufgestellt hat und die wir mit vielen anderen immer bekämpft haben. Die CDU setzt den Kürzungs- und Privatisierungskurs fort.



Geschäftsstelle  
DIE LINKE – Kreisverband Duisburg  
Mülheimer Str. 57 – 47058 Duisburg

Tel.: 02 03 / 8 05 63 87  
Fax: 02 03 / 8 05 63 86

E-Mail: [kreisverband@dielinke-du.de](mailto:kreisverband@dielinke-du.de)  
[www.dielinke-duisburg.de](http://www.dielinke-duisburg.de)



## Für ein selbstverwaltetes und soziales Duisburg

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Duisburg

# Das neue Kommunalprogramm der Duisburger LINKEN in Kurzfassung

Am 05.11.2008 hat DIE LINKE Duisburg ihr neues Kommunalprogramm nach 8 Monate langer Erarbeitung und Diskussion verabschiedet.

DIE LINKE versteht sich als Programmpartei, d. h., das neue Kommunalprogramm ist für uns die verbindliche Richtlinie für die laufenden Aktivitäten und die Arbeit unserer MandatsträgerInnen, die bei den Kommunalwahlen 2009 in Rat und Bezirke gewählt werden.

## Kernpunkte des neuen Programms

- **Ausgewogene Stadtentwicklung:** DIE LINKE hat seit 1999 erfolgreich für die Wiederbelebung der Innenstadt gekämpft und gegen die geplante Mega-Mall auf dem alten Güterbahnhofsgelände. Der Prozess muss mit dem Masterplan Innenstadt und seinen positiven baulichen, verkehrlichen und ökologischen Gestaltungselementen weitergehen. Wir unterstützen die Neuausrichtung der Entwicklungsachse „Duisburg (zurück) an den Rhein“. Kritisch sehen wir, dass die öffentliche Hand viel Geld ausgibt für hoch belastete Industriegrundstücke. Innenstadtentwicklung und Entwicklung der Nebenzentren müssen für uns aber Hand in Hand gehen. Wir setzen uns deshalb schon länger für bezirkliche Entwicklungspläne und Investitionen ein. Die sozialräumliche Aufspaltung in besser gestellte und arme Stadtteile sowie in Einheimische und Einwanderer muss wieder rückgängig gemacht. Die Unterzentren müssen alles anbieten, was die Bevölkerung im Alltagsleben braucht. Wir wollen eine andere Verkehrspolitik: Eine Stadt der kurzen Wege. Bei den Immobilien haben für uns die dynamische Bestandsentwicklung und die Wiedernutzung von Flächen Vorrang. Wir wollen den sozialen Wohnungsbau wieder ankurbeln.
- **Kommunale Sozialpolitik:** Sozialpolitik wird wesentlich durch Bundesgesetze bestimmt. DIE LINKE bekämpft den massiven Sozialabbau durch die von SPD und Grünen unter Schröder beschlossene Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und deren Fortführung unter der Großen Koalition aus CDU/SPD. DIE LINKE ist original sozial. Der Sozialabbau belastet auch die kommunale Ebene. Wir wollen, dass kommunale Sozialpolitik ihre Möglichkeiten nutzt, um solange gegenzuhalten, bis der Abbau auf Bundesebene gestoppt werden kann. Dazu gehören für uns: Der Sozial-Pass (DU-Pass) nach Bedürftigkeit, das Sozialticket für die DVG, soziale Stromtarife, verbesserte Erstattung bei den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger und ein breiter öffentlicher Beschäftigungssektor zu Tarifbedingungen. Zu den Hauptnutznießern einer offensiven kommunalen Sozialpolitik würden vor allem Frauen zählen.
- **Demokratisierung der Demokratie:** Vor allem durch Mitbestimmung der EinwohnerInnen beim Kommunalhaushalt und durch ein Netz von Beiräten auf allen wichtigen Feldern der Kommunalpolitik – Ansätze dazu haben wir erreicht. Die Einführung der bezirklichen Haushaltstage ist vor allem Ergebnis des jahrelangen Werbens der LINKEN. Diese Errungenschaft muss weiter ausgebaut werden. Die Information der Verwaltung muss durch eine Alternativendiskussion und ein Votum der Versammlungen ergänzt werden. Danach erst entscheiden Rat und Bezirksvertretungen.
- **Zur Integration gibt es keine Alternative:** Ein großer Teil unserer Bevölkerung hat einen Einwanderungshintergrund, insbesondere die Jugend. Sie ist Teil unserer Stadtgesellschaft, aber in ihrer Mehrheit auf fast allen Gebieten massiv benachteiligt. Ihre Integration ist eine erstrangige kommunale Querschnittsaufgabe. Wir streben ihre völlige rechtliche und soziale Gleichstellung an. Wir wollen ihre bürgerschaftlichen und wirtschaftlichen Potenziale entfalten. Akzeptanz der Vielfalt in einer globalisierten Welt nützt unserer Stadt und ist Voraussetzung für ein friedliches Zusammenwachsen.
- **Keine weitere Privatisierung** von öffentlichem Besitz und Dienstleistungen. Diese sind unverzichtbar für die kommunale Selbstverwaltung und für die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit. 2001 haben SPD/Grüne bereits 40 % der Stadtwerke an RWE und Evonik verscherbelt. Konzerne, die sich goldene Nasen verdienen. CDU/Grüne haben 49 % des städtischen Klinikums privatisiert. Wir wollen die städtischen Anteile sobald es geht zurückhaben. Mit uns gibt es keine Privatisierung der 15.000 Gebag-Wohnungen, der DVG oder von Logport, um nur einige zu nennen. Wir lehnen die Sparkassennovelle der Rüttgers-Regierung ab, die zu einer schleichenden Privatisierung der öffentlichen Sparkassen führen soll.
- **Neue Bildungspolitik.** Bildungspolitik ist Ländersache, aber die Kommune kann und muss Einfluss darauf nehmen. DIE LINKE hat sich lange für einen Schulentwicklungsplan in Duisburg eingesetzt. Aber er muss mehr sein, als ein Zusammenlegungs- und Abrissprogramm. Wir wollen ein Bildungssystem, das nicht ausgrenzt, sondern alle fördert. Dazu muss das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft werden zugunsten einer Schule, in der bis zum 10. Lebensjahr alle SchülerInnen gemeinsam lernen und speziell gefördert werden. Die katastrophalen PISA-Noten müssen auch kommunal entschieden bekämpft werden. Hinzu kommen umfassende Sprachförderungs- und Erwachsenenbildungsprogramme.
- **Konsequente Umwelt- und Energiepolitik:** Duisburg ist nach wie vor Hochbelastungsgebiet durch die ansässige Schwerindustrie. Hinzu kommt der überbordende LKW- und Autoverkehr. Studien haben bewiesen, dass sich in den Stadtteilen mit besonders hoher Umweltbelastung typische Krankheitsbilder häufen. Die Stadtpolitik muss bei Wirtschaft und Genehmigungsbehörden entschieden mehr Druck machen für die Sanierung von Altanlagen und für harte Umweltauflagen beim Neubau von emittierenden Großanlagen. Wir wollen NRW-weit flächendeckende Umweltzonen anstelle des Flickenteppichs. Wir wollen den Ausstieg aus der CO<sup>2</sup>-Wirtschaft und der Müllverbrennung nicht nur in Krefeld, sondern auch vor Ort. Wir wollen eine umfassende energetische Sanierung und Umstellung auf nachhaltige Energieträger (Solarkraft, Biogas, Windkraft, Erdwärme usw.)
- **Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr, den Radverkehr und eine Stadt der kurzen Wege:** Wir wollen ein dichtes und intelligentes Netz von Nahverkehrsverbindungen in öffentlicher Regie zu attraktiven Preisen. Wir streben schließlich kostenlose Busverkehre an wie in Hasselt (Belgien) – durch Umschichtung der immensen Ausgaben für Auto- und LKW-Verkehr.

